VR-04 Demokratie schützen – Desinformation entschlossen bekämpfen! (V-55, V-93 geeint)

Gremium:	BAG Digitales & Medien und BAG Demokratie & Recht und Boris Mijatovic u.a.
Beschlussdatum:	17.10.2024
Tagesordnungspunkt:	VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

Unsere Demokratie ist stark und wehrhaft. Sie wird durch eine lebendige und vielfältige Zivilgesellschaft getragen, die sich jeden Tag für demokratische Werte und das Gemeinwohl einsetzt. Dennoch wird unsere freiheitliche Gesellschaft und unsere Art zu leben derzeit massiv bedroht - von innen wie außen. Wir sehen uns mit anhaltenden, ernstzunehmenden sicherheitspolitischen Risiken konfrontiert, die unsere digitale und analoge Welt gleichermaßen betreffen.

In Zeiten hybrider Kriegsführung erleben wir, wie Informationsmanipulationen gezielt eingesetzt werden, um gesellschaftliche Konflikte zu befeuert, Unsicherheit zu schüren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Diese systematischen Angriffe auf die Hard- und Software unserer liberalen Demokratie müssen wir ernst nehmen und verteidigen. Autoritäre Staaten agieren gezielt auch im digitalen Raum, um politische Debatten zu beeinflussen und unsere demokratische Gesellschaft zu destabilisieren. Dagegen müssen wir die Gesellschaft stark und resilient aufstellen.

Die Auswirkungen dieser Desinformationskampagnen sind weitreichend: Sie vergiften öffentliche Diskurse, untergraben Das Vertrauen in staatliche Institutionen oder in die Medien. Menschen werden zum Ziel von Einschüchterung und Diskreditierung. So beeinflussen sie demokratische Willensbildungsprozesse bis hin zu Wahlen.

Diese Herausforderungen werden durch verschiedene Faktoren verschärft. Das Erstarken populistischer und rechtsextremer Kräfte in Deutschland und weltweit führt dazu, dass demokratiefeindliche Erzählungen noch stärker verbreitet werden. Autoritäre Staaten, wie Russland und China, nutzen Desinformation gezielt, um westliche Gesellschaften zu destabilisieren. Ihre Narrative werden auch von AfD und BSW massenhaft weiterverbreitet.

Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen zunehmend. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die Bedrohungslage noch einmal deutlich verschärft. Intensiviert Desinformationskampagnen werden längst begleitet durch gezielte IT-Angriffe auf staatliche und private Einrichtungen sowie auf kritische Infrastrukturen, den Lebensadern unserer Gesellschaft.

Desinformation ist kein neues Phänomen. Neu sind die rasante Ausbreitung und der große Einfluss auf die politische Meinungsbildung auf der ganzen Welt. Dafür verantwortlich sind insbesondere die Anreiz- und Vergütungssysteme von Social-Media-Plattformen, die dazu führen, dass Falschinformationen schneller verbreitet werden als fundierte Informationen, und Bedrohungsakteure, die diese Mechanismen gezielt ausnutzen. Denn das Problem ist nicht die Existenz einzelner

Accounts, die Falschinformationen verbreiten, sondern deren künstliche Verstärkung durch die Systeme der Plattformen. Dies untergräbt den demokratischen Diskurs, da Bürger*innen von solchen Inhalten überschwemmt werden. Mechanismen, die z.B. Inhalte belohnen, die Angst und Wut erzeugen, müssen kritisch hinterfragt werden. Auch das Belohnen von Accounts, die mit hoher Frequenz posten, ist problematisch. Bürger*innen müssen selbst entscheiden können, was in ihren Timelines erscheint. Dazu kommt die Funktionsweise von Online-Werbung, die dazu führt, dass Desinformation eine höchst lukrative Einkommensquelle für Betreiber undurchsichtiger Webseiten ist.

Der demokratische Inselstaat Taiwan erlebt seit Jahren heftige Desinformationskampagnen aus der Volksrepublik China. Die gescheiterten Beeinflussungsversuche aus Peking bei den jüngsten Wahlen zeigen die Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft, die mithilfe staatlicher und ziviler Initiativen einen hohen Aufklärungsgrad gegen systematische Informationsmanipulation erreicht hat und den Schutz vor Desinformationsangriffen beispielgebend vorantreiben konnte.

Die auf deutscher und europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen, haben der zunehmenden Verbreitung von Hass, Hetze und Manipulation bisher nicht ausreichend Einhalt gebieten können. Der Digital Services Act (DSA) ist ein entscheidender Schritt hin zu mehr Transparenz und rechtsstaatlichen Regulierung. Er muss entschlossen in nationales Recht umgesetzt und die ihn durchsetzenden Aufsichtsbehörden gestärkt werden.

Im Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortung und staatlichem Schutz brauchen wir (1) eine wachsame Zivilgesellschaft und Medien, die kritisch hinterfragen und die Meinungsvielfalt einer vielseitigen Gesellschaft als Stärke verstehen, (2) eine konsequente Fortsetzung der rechtsstaatlichen Regulierung der großen Plattformen und künstlich generierter Inhalte, (3) den staatlichen Schutz vor digitalen Angriffen aus dem In- und Ausland – in Deutschland und Europa, (4) kritische Bürger*innen, die sich der Manipulierbarkeit von Informationen und der Gefahr von Desinformation bewusst sind, und (5) einen verbesserten Schutz von Betroffenen.

Ein ganzer Werkzeugkasten gegen Desinformation und für demokratische Teilhabe

Die Bekämpfung von Desinformation erfordert ein ganzheitliches Vorgehen, das Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit verbindet. Unser Ziel ist es, die Resilienz unserer Gesellschaft zu stärken und die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie zu erhöhen. Hierfür sind gut informierte Bürger*innen essentiell, die Informationen kritisch bewerten. Außerdem müssen unabhängige Medien gestärkt und ein Mindestmaß an Transparenz und Chancengleichheit auf sozialen Plattformen sichergestellt sein. Dafür gehen wir den eingeschlagenen Weg der rechtsstaatlichen Regulierung von Plattformen konsequent weiter.

Die Versäumnisse sind groß. Die vor gut zwei Jahren bereits ausgerufene “Zeitenwende” muss auch mit Blick auf hybride Bedrohungen wie Desinformation endlich politisch entschlossen umgesetzt werden. Uns steht ein Bündel an Maßnahmen zur Verfügung, die jetzt ergriffen werden müssen. Unser Ansatz umfasst einen Werkzeugkasten von Maßnahmen aus den Bereichen Innere Sicherheit, Außen-

und Verteidigungspolitik sowie Bildung, Zivilgesellschaft und Forschung. Nur durch das Zusammenspiel dieser Bereiche können wir den komplexen Herausforderungen, die durch Desinformation entstehen, effektiv begegnen.

1. Maßnahmen der Innen- und Sicherheitspolitik

Bundesweite Strategie gegen Desinformation schaffen: Desinformation ist keine kurzfristige Herausforderung, sondern ein Problem auf Dauer. Um Desinformationskampagnen langfristig einzudämmen, brauchen wir eine bundesweite Strategie gegen Desinformation, die die Bundesregierung seit langem versprochen hat und deren Vorlage wir umgehend fordern. Die Strategie muss aufzeigen, mit welchen Maßnahmen, Werkzeugen, Mitteln und Strukturen Desinformation dauerhaft bekämpft werden soll. Bestandteil muss u.a. eine breit angelegte und andauernde Aufklärungskampagne, wie bei unseren skandinavischen und baltischen Nachbarn, sein, um Bürger*innen über drohende Gefahren aufzuklären.

Zentrale Koordinierungsstelle ausbauen: Wir setzen uns für den umfassenden Aufbau einer zentralen Stelle zur frühzeitigen Erkennung, Koordinierung und schnellen Bekämpfung von Desinformation aus dem In- und Ausland ein. Die Zentrale Koordinierungsstelle soll dabei bestehende Kapazitäten in verschiedenen Ressorts bündeln, Fähigkeiten erweitern, sowie Gegenmaßnahmen empfehlen und in Kooperation durchführen.

DSA national umsetzen: Den Weg der rechtsstaatlichen Regulierung wollen wir konsequent fortsetzen, den europäischen Digital Services Act (DSA) entschlossen in nationales Recht umsetzen, die Aufsichtsbehörden auf Landes- und Bundesebene stärken und Betroffenen mehr Hilfe zuteilwerden lassen. Die Bundesnetzagentur werden wir entsprechend ausstatten und ihr auch die notwendigen Mittel zur Vergabe unabhängiger Forschungsaufträge an die Hand geben. Auch brauchen wir ein Digitales Gewaltschutzgesetz, das wirksame Instrumente wie Accountsperren gesetzlich verankert.

Rechtsdurchsetzung und handlungsfähige Strafverfolgung: Falschnachrichten, Informationsmanipulation und Desinformation sind nicht per se strafrechtlich relevant. Dort wo die Schwelle zur Strafbarkeit aber klar überschritten ist, z.B. bei Leaking und Doxxing, muss der Rechtsstaat konsequent einschreiten. Hierfür stärken wir die Strafverfolgungsbehörden bei der digitalen Ermittlung und massenhaften Bearbeitung von Vorfällen – auch mit Hilfe automatisierter Lösungen, sofern diese klaren rechtsstaatlichen und datenschutzkonformen Standards genügen. Schwerpunktstaatsanwaltschaften sind ein erfolgreiches Modell, das wir mit ausreichend Ressourcen und Ausbildung stärken wollen.

Nachrichtendienste einbinden: Die Nachrichtendienste von Bund und Ländern spielen eine wichtige Rolle bei der Rückverfolgung von massenhafter Desinformation, insbesondere wenn die Urheber staatliche oder staatsnahe Akteure sind. Umso schmerzlicher sind die Versäumnisse der letzten drei Jahrzehnte bei der Spionage- und Sabotageabwehr, ohne die eine effektive Desinformationsbekämpfung nicht auskommt. Daher möchten wir die Nachrichtendienste bei ihrer Arbeit gegen Desinformation stärken.

Schutzangebote auf kommunaler Ebene: Wir müssen Schutzangebote für unsere liberale Demokratie besonders auch auf kommunaler Ebene machen. Gerade in den Städten und Gemeinden treffen Desinformation und Angriffe auf Infrastruktur

direkt auf die Menschen. Hier braucht es mehr Instrumente, die Kreisverwaltungen und städtische Unternehmen zur Abwehr dieser Kampagnen wappnen. Vorbild können hier Initiativen aus Taiwan zur zivilen Verteidigung sein.

Kooperation von Zivilgesellschaft, Forschung und Sicherheitsbehörden: Wir wollen die wertvolle Expertise von NGOs und Wissenschaftler*innen nutzen und eine enge Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Wissenschaft und Sicherheitsbehörden fördern. Diese freiwillige Kooperation basiert auf einem strukturierten Wissensaustausch, praxisorientierten Schulungen und einer koordinierten Öffentlichkeitsarbeit. Dabei bleiben die Unabhängigkeit, die verschiedenen Perspektiven sowie die spezifischen Kompetenzen aller beteiligten Akteure gewahrt, um einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung von Desinformation zu entwickeln.

Erweiterter Werkzeugkasten: Wir unterstützen die Entwicklung einer umfassenden Toolbox zur Bekämpfung von Desinformation, angelehnt an den Europäischen Auswärtigen Dienstes. Diese soll Instrumente wie öffentliche Missbilligung, Prebunking und Debunking, Sanktionen, strafrechtliche Verfolgung, nachrichtendienstliche Beobachtung sowie technische Maßnahmen wie das Abschalten von Webseiten, Accounts oder Servern umfassen.

2. Maßnahmen zur europäischen und internationalen Kooperation

EU-Monitoring und europäische Kooperation stärken: Die Monitoring-Einheiten der EU, insbesondere des Europäischen Auswärtigen Dienstes, müssen personell und finanziell ausreichend ausgestattet werden, um Desinformationskampagnen effektiv zu überwachen und zu bekämpfen. Im Zusammenschluss mit den europäischen Institutionen und nationalen Organisationen unserer Partner in der EU und NATO ermöglichen wir den aktiven Austausch von Informationen zu Informationsmanipulation und Desinformationskampagnen, fördern die Zusammenarbeit und den europäischen und internationalen Fähigkeitsaufbau.

Europäisches Demokratieschild umfassend ausgestalten: Das von der Europäischen Kommission geplante „European Democracy Shield“ darf sich nicht nur auf Einflusskampagnen aus dem EU-Ausland fokussieren. Auch relevante Akteure innerhalb der EU müssen in den Blick genommen werden – gerade auch, weil eine scharfe Trennung häufig nicht möglich ist. Zudem müssen die Mechanismen der Plattformen, wie Targeting und Amplifizierung, umfassend berücksichtigt werden.

Stärkung der internationalen Zusammenarbeit: Die multilaterale Zusammenarbeit wollen wir angesichts geopolitischer Bedrohungen und Einflussnahmen durch autoritäre Staaten auch außerhalb von EU und NATO beim Kampf gegen Desinformation stärken. Deutschland muss seine Rolle in der G7 weiter ausbauen, um globale Normen zu fördern und zu verhindern, dass einzelne Staaten die Schaffung solcher Normen blockieren. Außerdem müssen wir die Gefahren von Desinformationskampagnen im Kontext von Wahlen oder politischen Krisen in Drittstaaten wahrnehmen und die Hilfe zum Aufbau von Resilienz zum Teil von Entwicklungshilfe machen.

3. Maßnahmen zur Umsetzung der Plattformregulierung

Desinformation als systemisches Risiko definieren: Desinformation muss im Sinne des DSA als systemisches Risiko für den öffentlichen Diskurs und Wahlen anerkannt werden. Deutschland muss die Europäische Kommission auffordern, DSA-Ermittlungen bei allen großen Plattformen einzuleiten, um zu untersuchen, welche Mechanismen der Plattformen zur überproportionalen Verbreitung von Desinformation führen und diese Mechanismen unterbinden.

Algorithmische Verstärkung gezielt angehen: Die Verstärkung von Inhalten durch Plattform-Algorithmen spielt eine zentrale Rolle bei der Verbreitung von Desinformation. Wir wissen aus der Forschung, dass sogenannte „grenzwertige" Inhalte, die sich an der Grenze zu Inhalten befinden, die illegal sind oder Community-Standards verletzen, stärker verbreitet werden als andere Inhalte. Desinformation fällt häufig in diese Kategorie. Die Europäische Kommission kann auf Grundlage des DSA solche Algorithmen als Risiko für öffentlichen Diskurs und Wahlen definieren und die Plattformen auffordern, Alternativen einzusetzen. Dabei setzen wir auf Algorithmen, bei denen Bürger*innen selbst entscheiden, was in ihren Timelines erscheint.

Einschränkung von Targeting konsequent durchsetzen: Targeting ist eines der zentralen Instrumente, durch das Desinformation gezielt an dafür anfällige Bevölkerungsgruppen ausgespielt werden kann. Dies führt zu einer viralen Verbreitung, noch bevor Faktenchecks oder andere Maßnahmen greifen können. Wir fordern, dass die im DSA bereits vorgesehenen Einschränkungen von Targeting konsequent durchgesetzt werden – gerade mit Blick auf den Schutz von Minderjährigen oder das Schließen von Schlupflöchern. Die Europäische Kommission und die Bundesnetzagentur müssen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich für konsequente Durchsetzung sorgen. Maßgeschneiderte Botschaften dürfen nicht dazu führen, dass bestimmte Gruppen unverhältnismäßig beeinflusst werden. Darüber hinaus darf Online-Werbung nicht systematisch finanzielle Anreize bieten, Desinformation im Internet zu veröffentlichen. Werbetreibende müssen Kontrolle darüber haben, wo ihre Inhalte ausgespielt werden.

Wissenschaftlichen Zugang zu Plattformdaten gewährleisten: Um die Verbreitung von Desinformation und deren Auswirkungen besser zu verstehen, muss der Zugang zu Plattformdaten für Forschungszwecke gewährleistet werden. Der DSA sieht hier klare Vorgaben vor, und wir fordern eine schnelle und umfassende Umsetzung dieses Zugangs. Ein delegierter Rechtsakt muss klare Rahmenbedingungen für den Zugang definieren und dafür sorgen, dass Wissenschaft alle Daten bekommt, die für relevante Ergebnisse erforderlich sind.

Online-Werbung neu regulieren: Die EU-Kommission muss eine neue Gesetzesinitiative an der Schnittstelle von DSA, Political Ads Regulation, ePrivacy Regulation und Wettbewerbsrecht vorlegen, um die Nutzung personenbezogener Daten in Datenprofilen großer Plattformen und Datenhändler für Online-Werbung und das Ausspielen von Inhalten kohärent zu regulieren. Ziel ist es, den Einsatz personenbezogener Daten für gezielte Werbung als Einfallstore für Manipulation und Desinformation weiter einzuschränken. Auch monopolartige Strukturen einzelner Anbieter, wie Google und Meta, müssen verstärkt in den Fokus genommen werden.

4. Maßnahmen im Bereich digitale Bildung, Forschung und Zivilgesellschaft

Demokratiefördergesetz jetzt: In der Zivilgesellschaft leisten engagierte Menschen in unterschiedlichen Initiativen unschätzbar wertvolle Arbeit für unsere Demokratie, die endlich auch verlässlich finanziert werden muss. Es ist höchste Zeit, dass das Demokratiefördergesetz kommt. Wenn wir verfassungsfeindliche Ideologien erfolgreich an der Wurzel bekämpfen wollen, brauchen wir leistungsfähige zivilgesellschaftliche Organisationen, die diese Arbeit auch in der Fläche leisten können.

Förderung der Medienkompetenz: Wir setzen uns für eine umfassende Stärkung der digitalen Bildung ein. Dies beinhaltet die Entwicklung und Implementierung von Lehrplänen an Schulen und Bildungseinrichtungen, die kritisches Denken, Faktenprüfung und den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien in den Vordergrund stellen. Darüber hinaus fördern wir Initiativen zur lebenslangen digitalen Bildung, um alle Altersgruppen zu erreichen und für die Gefahren von Desinformation zu sensibilisieren.

Unterstützung der Zivilgesellschaft: Wir fördern aktiv die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich im Bereich der Bekämpfung von Desinformation engagieren. Dies umfasst finanzielle Unterstützung für Projekte zur Aufklärung über Desinformation, die Bereitstellung von Ressourcen für Fact-Checking-Initiativen und die Förderung von Netzwerken zum Austausch bewährter Praktiken. Zudem unterstützen wir Bewegungen, die sich für digitale Aufklärung in ihren Gemeinschaften einsetzen. Als Vorbildmodell können wir von Organisationen aus Taiwan zahlreiche wirksame Methoden lernen und auf die Situation in Deutschland und Europa anpassen. Unser Ziel muss es sein, diese zersetzenden autoritären Kräfte aufzudecken und den digitalen Raum weiter für demokratische Diskurse zu nutzen. Mit der Verabschiedung der Strategie für die internationale Digitalpolitik hat die Bundesregierung klargestellt, dass sie sich den Herausforderungen bewusst ist und es Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen zur Zusammenarbeit gegen Desinformationen braucht.

Forschungsförderung: Die Forschung zur Wirkung von Desinformation und deren Bekämpfung muss intensiviert werden. Wir setzen uns für eine verstärkte Förderung entsprechender Forschungsprojekte ein, einschließlich interdisziplinärer Studien, die Erkenntnisse aus Psychologie, Kommunikationswissenschaften, Informatik und Politikwissenschaft zusammenführen. Besonderes Augenmerk legen wir auf die Erforschung der langfristigen gesellschaftlichen Auswirkungen von Desinformation und die Entwicklung von Gegenstrategien.

Fortsetzung der Bürger*innenbeteiligung: Die Einbindung der Bürger*innen in den Prozess der Bekämpfung von Desinformation muss fortgesetzt und intensiviert werden. Wir fördern Bürgerdialoge, partizipative Workshops und Online-Plattformen, die es der Bevölkerung ermöglichen, sich aktiv an der Entwicklung von Strategien gegen Desinformation zu beteiligen, zu stärken. Durch diese Einbindung stärken wir nicht nur das demokratische Bewusstsein, sondern nutzen auch das kollektive Wissen und die Erfahrungen der Bürger*innen im Umgang mit Falschinformationen.

KI-Kennzeichnung: Angesichts der rasanten Entwicklung im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) setzen wir uns für eine verpflichtende Kennzeichnung von KI-generierten Bildern und Videos ein. Die Kennzeichnungspflicht soll für alle Plattformen und Medienkanäle gelten und durch robuste technische Lösungen, wie digitale Wasserzeichen oder Metadaten, umgesetzt werden. Gleichzeitig fördern wir die Entwicklung von KI-Erkennungstechnologien, um nicht gekennzeichnete generierte Inhalte identifizieren zu können.

Journalismus-Förderung: Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist eine unverzichtbare Säule einer Medienlandschaft, die sich Desinformation entgegenstellt. Wir wollen ihn stärken und reformieren. Seine regional verankerten, hochwertigen journalistischen Angebote sind wesentliche Grundlage für die Meinungsbildung, die offene Debatte und die kulturelle Bereicherung in einer demokratischen Gesellschaft. Unverzichtbarer Bestandteil einer resilienten Gesellschaft, die Desinformation erkennt und widersteht, ist eine vielfältige und qualitativ hochwertige freie Presse. Wir streben deshalb an, durch geeignete Instrumente die Wettbewerbssituation für journalistische Angebote – besonders im Netz – zu verbessern und praktikable Finanzierungsinstrumente zur Stärkung journalistischer Inhalte, Entwicklung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle und einer flächendeckenden Versorgung mit journalistischen Angeboten zu entwickeln, besonders in ländlichen Regionen. Als mögliche Ansätze dafür sehen wir die Anerkennung der Gemeinnützigkeit für Non-Profit-Journalismus, eine Förderung der digitalen Transformation der Presselandschaft und eine Förderung von Journalist*innen durch Stiftungsmodelle fördern, ähnlich wie in den nordischen Ländern.

Begründung

Desinformation und hybride Bedrohungen stellen eine ernsthafte Gefahr für unsere Demokratie dar. Es ist höchste Zeit zu handeln, um unsere offene Gesellschaft und unsere demokratischen Werte zu schützen. Die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angemessen zu begegnen. Wir müssen unsere Anstrengungen in allen Bereichen intensivieren: von der Gesetzgebung über die Bildung bis hin zur internationalen Zusammenarbeit. Nur durch ein entschlossenes Vorgehen gegen Desinformation und die Stärkung unserer digitalen Resilienz können wir unsere Demokratie für kommende Generationen bewahren. Es liegt an uns allen, jetzt die notwendigen Schritte einzuleiten und gemeinsam für eine freie, aufgeklärte und widerstandsfähige Gesellschaft einzustehen.

Der Antrag ist eine geeinte Fassung von V-55 (BAG Digitales & Medien und BAG Demokratie & Recht) und V-93 (Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt)). Die Schreibgruppe zu V-55 bestand u.a. aus Alexandra Geese (MdEP, KV Bonn), Jörn Pohl (KV Kiel), Konstantin von Notz (MdB, KV Herzogtum-Lauenburg), Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte), Madeleine Henfling (MdL, KV Ilm-Kreis), Peter Heilrath (KV München-Stadt, BAG Frieden und Internationales), Thilo Klawonn (KV Steglitz-Zehlendorf, BAG DemRecht), Thomas Schäfer (KV München-Stadt, BAG DigiMe) und Yvonne Plaul (KV Lübeck, BAG DemRecht).

weitere Antragsteller*innen

Daniel Eliasson (Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Veronika Moers (Kassel-Stadt); Markus Leick (Kassel-Stadt); Marianne Knipping (Kassel-Stadt); Felix Bach (Braunschweig); Olav Teichert (Kassel-Stadt); Johannes Demel (Kassel-Stadt); Marie-Louise Puls (Fulda); Viola von Cramon (Göttingen); Marei Zylka (Berlin-

Reinickendorf); Öztürk Kiran (Berlin-Pankow); Clemens Justus Joshua Sachs (Berlin-Reinickendorf); Miriam Laux (Stuttgart); Bettina Dolle (Berlin-Reinickendorf); Anja Hauke (Kassel-Stadt); Julian Bonenberger (Sankt Wendel); Nico Zöller (Miltenberg); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei); Santiago Rodriguez Salgado (Berlin-Treptow/Köpenick); sowie 35 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.